

# Verkehr: Zeichen der Unruhe in den Alpen

Pressemitteilung der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA

Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA hat sich aus Anlass der Brenner-Blockade von diesem Wochenende in einem Brief an die Verkehrs- und Umweltministerinnen und -minister aller Alpenstaaten und an die EU-Kommissar/innen für Verkehr und Umwelt gewandt. Sie fordert eine grundsätzliche Umkehr in der alpinen Verkehrspolitik.

Die wachsende Besorgnis der Alpenbevölkerung über die Verkehrspolitik der Europäischen Union und der Alpenstaaten führt zu einer zunehmenden Unruhe, die sich diese Woche unter anderem in einer Blockade der Brennerautobahn äussern wird. Anhand einer Studie der renommierten Firma Ökoscience wurde belegt, dass ein LKW im Alpenraum dreimal höhere Immissionen verursacht als in der Ebene und die Immissionen pro LKW nachts sechsmal so hoch sind wie am Tag. Der Strassenverkehr, insbesondere auch in Tunnels, ist bedeutend gefährlicher als der Verkehr auf der Schiene.

Die Belastungen aus dem Strassenverkehr sind für Bewohnerinnen und

Bewohner entlang der Hauptverkehrsachsen nicht mehr erträglich, die Lebensqualität ist massiv gesunken. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat berechnet, dass die verkehrsbedingte Luftverschmutzung in der Schweiz, in Österreich und in Frankreich im Jahre 1996 Gesundheitskosten in der Höhe von 26,7 Mia. EUR verursacht hat. Trotzdem ist keine Wende in der europäischen Verkehrspolitik auszumachen.

## Masslose Förderung des Strassenverkehrs

Der Strassenverkehr wird heute auf europäischer Ebene nicht durch die Politik der Nachhaltigkeit gesteuert und begrenzt, sondern masslos gefördert. Das Weissbuch der EU über «Faire Preise für die Infrastrukturbenutzung» (1998) zeigt klar auf, dass der Strassenverkehr die Kosten, die er verursacht, bei weitem nicht trägt. Das Weissbuch sieht auch ein «Konzept der schrittweisen Umsetzung» bis zum Jahr 2004 vor. Auf diese Umsetzung wartet die Bevölkerung bis heute vergebens.

Im Gegenteil hält sich die Europäische Union zum Beispiel mit der Regelung über die Ökopunkte in Österreich nicht einmal an gültige Staatsver-

träge. Was den Mont Blanc-Strasstunnel betrifft, ist es nach den gemachten Erfahrungen aus Sicherheitsgründen wie auch aus sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Gründen unverantwortlich, diese Achse und diesen Tunnel, die nicht für den Schwerverkehr geeignet sind, für LKWs wieder zu öffnen.

Als Folge davon beginnen die Bewohnerinnen und Bewohner der betroffenen Alpenregionen, sich zu wehren. Hier sei auf die Petition mit 120 000 Unterschriften gegen die Wiedereröffnung des Mont Blanc-Strasstunnels für LKWs hingewiesen, oder auf die Brennerblockade, welche diese Woche stattfindet und welche die CIPRA im Lichte der oben erwähnten Tatsachen unterstützt.

## Alpenkonvention: Chance für nachhaltige Verkehrspolitik

In wenigen Tagen wird mit Frankreich ein Alpenstaat den Vorsitz der Europäischen Union übernehmen. Im Herbst soll das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention von allen Alpenländern und der EU unterschrieben werden. Danach ist eine unverzügliche Umsetzung dieses Protokolls dringend notwendig. Damit haben es die Alpenstaaten und die EU in der Hand, im Al-

penraum klare und wirksame Zeichen für eine Verkehrspolitik der Zukunft zu setzen und damit die Besonderheiten einer ökologisch und ökonomisch besonders sensiblen Region zu respektieren.

Die CIPRA fordert die Alpenstaaten und die Europäische Union deshalb auf,

- das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention zu unterzeichnen;
- die Kostenwahrheit im Verkehrsbereich schnellstmöglich zu verwirklichen, in einem ersten Schritt mit einer europaweiten leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe, und das Weissbuch «Faire Preise für die Infrastrukturbenutzung» umgehend umzusetzen;
- Verkehrsmittel, die die Umwelt weniger belasten, zu fördern;
- aus sozialen, ökologischen und Sicherheitsgründen ein Nachtfahrverbot für LKWs einzuführen;
- auf den Neubau von hochrangigen Strassenverkehrsachsen und Lückenschlüssen im Alpenraum wie beispielsweise die Alemagna oder diverse «Lückenschlüsse» im oberen Rheintal zu verzichten;
- finanzielle Anreize abzuschaffen, die Mehrverkehr verursachen, wie beispielsweise Exportförderungen;

● die Potentiale aller Bahntransitlinien voll auszuschöpfen, wobei beispielsweise am Brenner, am Gotthard und am Fréjus noch riesige Potentiale der Nutzung harren;

● bestehende, nicht mehr genutzte Bahnlinien zu reaktivieren, zum Beispiel südlich des Genfersees zur Entlastung der Mont Blanc-Achse.

Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA ist eine Dachorganisation mit Sitz in Liechtenstein und Vertretungen in allen Alpenländern. Gegen hundert Organisationen aus allen Alpenländern von Frankreich bis Slowenien sind Mitglied bei der CIPRA.

CIPRA-International, Schaan,  
Tel. 237 40 30, Fax 237 40 31

## LESERBRIEF

### Gemeinderat beurlauben?

Auf meinen «offenen Brief an die Regierung» (siehe Leserbrief vom Dienstag/Thema Magerwiesenbewirtschaftung auf Silum, Tierquälereien etc.) hatte ich erfreulicherweise viele Reaktionen. Die meisten freuten sich, dass endlich einmal jemand den Mund auf tut. Es schreit tatsächlich zum Himmel, wie bei uns mit der Natur und den Tieren umgegangen wird, nur schreit niemand...

Ich gebe zu, dass unter den rund 15 bis 20 Telefonanrufen auch zwei dabei waren, die meinen Leserbrief kritisierten: Franz Josef Beck auf der Egga teilte mir Folgendes mit: «Es gibt auch Bauern, die es richtig machen. Aber gerade solche, die Du einmal in die Luft hinaufgehalten hast, machen es nicht gut. Der Leserbrief ist zu wenig differenziert.»

Meine Antwort: Ich gebe Franz-Josef Beck Recht. Es gibt auch Bauern, die es richtig machen. Leider Gottes sind es aber gerade die Anständigen und Verantwortungsbewussten, die durch «schwarze Schafe» in ein schiefes Licht geraten. Wenn bei uns der Steuerzahler dazu beiträgt, dass die verantwortungsvoll wirtschaftenden Bauern ein anständiges Auskommen haben, so bin ich bei den ersten, die das unterstützen, das wissen die meisten. Wenn es aber darum geht, anstatt 25 Grossvieheinheiten deren 50 bis 60 zu haben, Heu aus dem Ausland zu kaufen und die dadurch entstehende Gülle in unseren Magerwiesen zu verspritzen, um nur ein Beispiel zu nennen, und dass diese Bauern mit Direktzahlungen, Geld für die Grossvieheinheiten, mit Magerwiesenbeiträgen und anderen Unterstützungsmassnahmen vollgestopft werden, wenn Kunstdünger auf Silum ausgebracht wird, wenn Rinder, Schafe und Geissen nicht artgerecht gehalten werden, wenn, wie gerade heute auf Silum gesehen, kilometerweise neuer Stacheldraht rund um die Silumer Wiesen montiert wird (obwohl seit Jahren verboten), der den Tieren beim Überqueren den Bauch aufschlitzt, dann sollte man doch wenigstens aufmucken dürfen, oder?

Die anständigen Bauern soll man fördern, so dass sie Freude an der schönen und verantwortungsvollen Arbeit haben und problemlos eine Familie und ihren Betrieb aufrechterhalten können, die anderen, die im Tier und in der Natur nur

Schweizerfranken sehen, sollte man auf die «schwarze Liste nehmen», einmal warnen, und bei Wiederholungstütern sämtliche Förderungsmittel auf Lebenszeit streichen. Das ist mein Vorschlag.

Die zweite negative Reaktion kam von Eduard Bühler. Er faxte mir eine Kopie seines Schreibens an den Gemeindevorsteher und schrieb Folgendes: «Da die ungeheuren Anschuldigungen die ganze Gemeinde + Vertretung, nicht nur die Beschuldigten, in Verruf bringt, möchte ich Dich bitten, diese Sache sofort zu überprüfen. Falls strafbare Handlungen vorliegen, diese zur Anzeige zu bringen. Falls die Schreibung nur Hetze ist, den Schreiber des Leserbriefes Klaus Schädler zur Anzeige zu bringen! und somit auch vom Gemeinderatsamt zu beurlauben.»

Wir sind einer Meinung, Edi. Das habe ich Dir auch am Telefon gesagt. Man müsste die Verantwortlichen zur Anzeige bringen. Doch wer ist verantwortlich? Derjenige, der Tiere quält, der Gülle auf Silum ausschüttet, der Schafe in Magerwiesen einsperrt, der unbewilligte Objekte aufstellt, der sich nicht an bestehende Gesetze und an Ethik und Moral orientiert, der rund um die Silumer Wiesen mit Stacheldraht den Tieren die Bäuche aufschlitzt, oder derjenige, der dagegen etwas unternehmen möchte?

Noch etwas, liebe Tier- und Naturfreunde: Eure Telefonanrufe und Komplimente freuen mich, aber noch mehr würde es mich freuen, wenn ihr selbst zur Feder greifen und in den Leserbriefspalten unserer Zeitungen über eure Wahrnehmungen und die vielen Ungerechtigkeiten selbst berichten würdet. Wenn alle sich gegen die Unvernunft und Profitgier der Unverbesserlichen wehren würden, kämen mit der Zeit mehr Gemeinderäte und Landtagsabgeordnete auf die Idee, sich gewisse Gedanken zu machen...

Ich bleibe auf jeden Fall am Ball und würde mich freuen, wenn in den nächsten Tagen und Wochen Dutzende von Leserbriefen sich zu Themen Mobilfunk, Tierquälerei, Magerwiesenzerstörung, Stacheldrahtkonsequenzen etc. etc. äussern würden. Falls man mich aus dem Gemeinderat entlässt, werde ich das natürlich auch mitteilen. Ich bin zwar gerne im Gemeinderat, aber einen Vorteil hätte die von Edi Bühler in Betracht gezogene Beurlaubung: Ich hätte dann wieder mehr Zeit, um Spaziergänge zu machen und Leserbriefe zu schreiben.

Klaus Schädler, Hag 545,  
Triesenberg

REKLAME

